

Soziale Politik in Bad Sooden-Allendorf

Kümmern statt kürzen!

Wahlprogramm zur
Kommunalwahl 2026



Die Linke

Ortsverband
Bad Sooden-Allendorf
Werra-Meißner-Kreis

Ihre Kandidat*innen für den 15.03.2026



Niemals Alleine, Immer Gemeinsam!

Aufbrechen, erneuern, umverteilen! Kümmern statt kürzen!

Wir vertreten die Interessen derjenigen, die von ihrer Arbeit leben müssen oder soziale Unterstützung benötigen – nicht die von Vermögenden oder Großaktionären. Wir kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Dafür braucht es eine starke, antifaschistische Linke, die für Umverteilung und den Ausbau sozialer Infrastruktur eintritt. Wir sagen: Es darf keine Milliarden geben, während andere kaum über die Runden kommen. Es ist ein Skandal, dass über Nacht Milliarden für die Rüstungsindustrie mobilisiert werden – während Kommunen nicht wissen, wie sie die ihnen auferlegten Aufgaben erfüllen sollen.

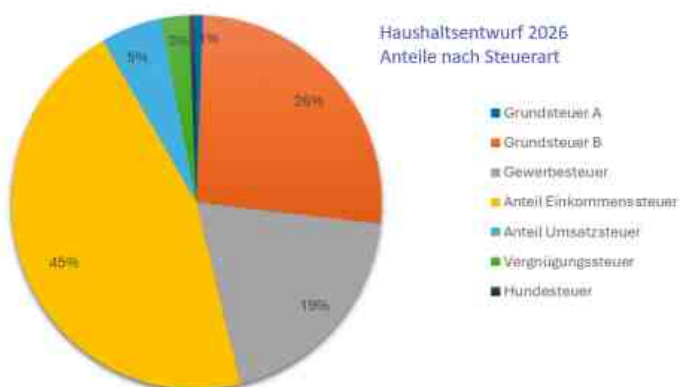
Linke Kommunalpolitik stellt das Leben und den Alltag in den Mittelpunkt. In unserer Kommune entscheidet sich, welches Leben wir führen. Hier sind unsere Kitas, Schulen, Vereine, Einrichtungen der Ver- und Entsorgung, Schwimmbäder und Spielplätze. Wir akzeptieren nicht, dass unsere Daseinsvorsorge und Infrastruktur immer weiter abgebaut werden. Wir sehen mit Sorge die gesellschaftliche, soziale Spaltung voran schreiten. In Bad Sooden-Allendorf führen Blockbildung und kleinlicher Parteistreit seit Jahren zu Investitionsblockaden und verhindern eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Stadt. Wir möchten vermitteln statt zu intrigieren, zuhören statt vorschnell zu urteilen, aber auch klare Kante zeigen wo es das braucht. Eine Korrektur der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist überfällig. Die Kommunen werden mit Krümelbeträgen abgespeist wenn es um Kitas, Pflege oder soziale Projekte geht. Es wird sichtbar, wie eng Bundes- und Kommunalpolitik miteinander verwoben sind.

Schaffung eines modernen Sozialstaates in der Kommune

Die Hilferufe der Kommunen in Hessen sind deutlich. Fast alle Städte können 2026 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen – in Bad Sooden-Allendorf beträgt das Defizit 1,47 Mio. €. Kreditaufnahmen für Investitionen 4,06 Mio. € und 3 Mio. € für Liquiditätskredite sind geplant. Bezahlbare Wohnen, ausreichend Kitaplätze, gut erreichbare Krankenhäuser und Freizeitangebote wie Schwimmbäder und Spielplätze, machen das Leben der Menschen besser. Eine Kommune, die das bietet, nimmt den Menschen die Sorgen, die sie angesichts von Inflation, Krieg und Klimakrise haben. Vor Ort wird der Sozialstaat umgesetzt und vor Ort entscheidet sich, ob unsere Demokratie funktioniert oder die Gesellschaft immer weiter auseinander triftet.

Die Linke will:

- ✓ die **verkrusteten Verhältnisse** in der Stadtverordnetenversammlung überwinden, die Interessen der Bürger*innen vertreten und die **Weiterentwicklung** von Bad Sooden-Allendorf nicht durch Parteienstreit behindern,
- ✓ gegen rechte Hetze und nationalistische Tendenzen vorgehen,
- ✓ die Reichen an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beteiligen und dafür bei Land und Bund eintreten,
- ✓ kommunale demokratische Entscheidungsstrukturen fördern,
- ✓ die finanziellen Belastungen für Normalbürger senken,
- ✓ mehr Transparenz erzeugen, mehr Informationen und mehr Bürgerbeteiligung, außerparlamentarischen Initiativen, Bewegungen und Gruppen mehr Gehör verschaffen,
- ✓ nachhaltige soziale und ökologische Akzente setzen.



Steuern und Abgaben reduzieren

Bad Sooden-Allendorf ist seit langem Spitzenreiter in Hessen bei dem Hebesatz für die Grundsteuer für bebaute Grundstücke (Grundsteuer B). Aktuell wurden die Gebühren für Abwasser und Wasser deutlich erhöht – die Eintrittspreise bei der Werratal-Therme sollen 2026 erhöht werden.

All dies macht das Wohnen und Leben in Bad Sooden-Allendorf teuer.

Die Linke fordert:

- ✓ **Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Kommunen durch Bund und Land.**
- ✓ **Vollständige Entschuldung der Städte, Gemeinden und Kreise durch das Land.**
- ✓ **Keine Beiträge der Bürger für Infrastrukturmaßnahmen (Straßenausbaubeiträge abschaffen!).**
- ✓ **Rücknahme der Grundsteuererhöhungen** der letzten Jahre auf ein hessenübliches Durchschnittsmaß.
- ✓ Keine versteckten Steuererhöhungen in den Gebührenhaushalten durch Missbrauch von z.B. Konzessionsabgaben, fiktiver Kapitalverzinsung und kalkulatorischen Kosten.
- ✓ Wahrheit und Klarheit bei den Gebühren > Gebührenüberschüsse müssen den Bürger*innen zurückgegeben werden.
- ✓ Erhaltung kommunaler Einrichtungen und Leistungen.
- ✓ Keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge.
- ✓ **Gerechtigkeit bei den Hebesätzen** für Steuern – wenn die Grundsteuer B erhöht wird, muss dies auch bei der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer gelten.



Arbeitsplätze vor Ort sichern

Bad Sooden-Allendorf ist stark abhängig von Entscheidungen Dritter bezüglich Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen und Touristik. In der Vergangenheit führten Klinikschließungen zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für die Zukunft gilt es die Monostruktur zu verändern – der attraktive Wohnstandort sollte eine gute Möglichkeit für neue, moderne Arbeitsplätze bieten. Das neue Städtebauförderprogramm muss genutzt werden, um den Bereich Sooden-Nord zukunftsfähig zu entwickeln.

Die Linke fordert:

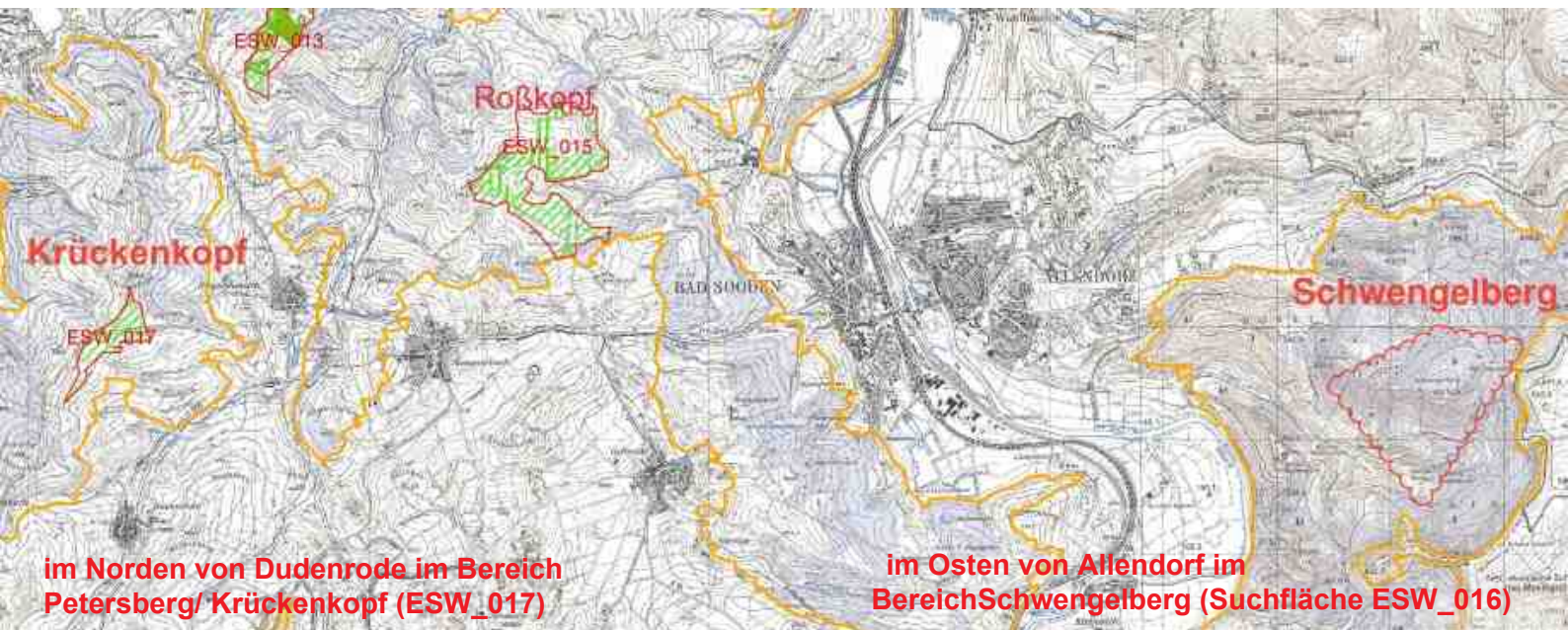
- ✓ Zurückholen von ausgegliederten Aufgaben,
- ✓ Kommunale Arbeitsplätze auf allen Ebenen sichern,
- ✓ Kontrolle und Einhaltung der Vergaberichtlinien bei der Auftragsvergabe an die Privatwirtschaft,
- ✓ den Verzicht auf Auslagerung von Aufgaben und Funktionen der Daseinsvorsorge auf Drittanbieter,
- ✓ gezielte Förderung von Kleinunternehmen bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen,
- ✓ Förderung der Angebote beruflicher Aus- und Weiterbildung durch Erhalt und weiteren Ausbau der Angebote gemeinnütziger Träger.

Erneuerbare Energien - Klimaschutz umsetzen

Die Linke begrüßt die Umsetzung eines Windparks auf dem Roßkopf bei Kammerbach und die Freiflächenphotovoltaikanlage in der Feldlage Mönchhof durch die Stadtwerke Union Nordhessen (SUN). Die SUN ist ein Zusammenschluss aus sieben Stadtwerken, mit dem Ziel, die Energiewende in Nordhessen voranzutreiben. Die Stadt verpachtet die Fläche als Eigentümerin an die SUN - neben den jährlichen Pachteinnahmen wird die Stadt Gewerbesteuern einnehmen.

Die Linke tritt ein für:

- ✓ Investitionen der Stadt, sowie Förderung von Bürgerinvestitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie, sofern diese ökologisch vertretbar sind und ausreichende Siedlungsabstände eingehalten werden.
- ✓ Erträge aus dem Windpark Roßkopf sollen auch direkt den Bürger*innen der umliegenden Dörfer zugutekommen > Budget für Ortsbeiräte.
- ✓ Um Erneuerbare Energien (EE) effizienter zu nutzen, werden Batteriegroßspeicher benötigt - im Zusammenhang der geplanten Projekte bietet sich die Errichtung eines Speichers an.
- ✓ **Prüfung weiterer Möglichkeiten der Windkraftnutzung im Stadtgebiet**



im Norden von Dudenrode im Bereich Petersberg/ Krückenkopf (ESW_017)

im Osten von Allendorf im Bereich Schwengelberg (Suchfläche ESW_016)

- ✓ Klimaschutz beginnt in den Kommunen - Wir müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebene raus aus Kohle, Öl und Gas.
- ✓ Eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes ist nur durch die energetische Sanierung des Altbaubestandes zu erreichen - bei eigenen Gebäuden muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen.
- ✓ Sicherung der kommunalen Energieproduktion durch die Stadtwerke und ortsansässige Energieerzeuger mit Schwerpunkt auf EE.
- ✓ Energieeinsparung und Effizienzsteigerung sind wichtige Bausteine der kommunalen Energiepolitik.

Werraversalzung stoppen

Der Konzern K+S beantragt im Rahmen einer weiterführenden bundesimmissionsrechtlichen Genehmigung eine über das Jahr 2028 hinausgehende Fortsetzung der Einleitung salzhaltiger Abwässer an der Einleitestelle Werk Werra und Werk NeuhoF– Ellers in die Oberflächen–Fließgewässer Werra und im weiteren Verlauf in die Weser. Grundsätzlich verweisen wir auf die EU–WRRL, die für die Werra im salzbelasteten Bereich eine Einstufung in die schlechteste Qualitätsstufe vorgenommen hat. Die Abfallentsorgung in Landschaft, Grundwasser und Flüsse, wie sie in Hessen erlaubt wird, widerspricht der Umweltgesetzgebung eklatant und entspricht auch nicht dem Stand der Technik. Diese Abfallentsorgung ist preisgünstig für den Konzern, verschafft den Aktionären Extraprofite, bürdet aber nachfolgenden Generationen hohe Kosten auf und vernichtet wichtige Ressourcen sowie letztendlich auch Arbeitsplätze. Gewinne zu privatisieren, die Umweltschäden aber auf die Allgemeinheit abzuwälzen, ist das Gegenteil einer nachhaltigen Kaliproduktion. Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik darf das nicht zulassen.

Die Linke fordert:

- ✓ Die schnellstmögliche Umstellung der Kaliproduktion auf rückstandsfreie Produktionsverfahren.
- ✓ Der neue Bewirtschaftungsplan muss sich an den Vorgaben und Zielen der Wasserrahmenrichtlinie orientieren und nicht an den Profitinteressen eines Konzerns.
- ✓ K+S durch Absenkung der Grenzwerte und Verbot der Haldenerweiterung zu einer Produktion nach dem Stand der Technik mit einer umweltschonenden Abfallentsorgung vor Ort zu verpflichten.
- ✓ Die Einleiterlaubnis für salzhaltige Abwässer aus der Kaliproduktion in die Werra auszusetzen.
- ✓ Dafür Sorge zu tragen, dass die Qualitätsziele der Wasserrahmenrichtlinien nicht abgesenkt, sondern eingehalten werden.
- ✓ Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, umwelt- und ressourcenschonende Kaliproduktion – die auch Arbeitsplätze langfristig erhält – zu schaffen.

Natur- und Umweltschutz priorisieren

Wir leben in Bad Sooden-Allendorf inmitten wunderbarer Natur mit vielen Naturschutz- und FFH-Gebieten. Dem Erhalt dieser einzigartigen Natur fühlt sich Die Linke verpflichtet.

Die Linke fordert:

- ✓ Die konsequente Einhaltung der Umweltgesetze und kooperative Beteiligung der Umweltverbände bei allen größeren Bauprojekten
- ✓ Finanzierung von geeigneten Maßnahmen zum Artenschutz
- ✓ Die Erhaltung der vorhandenen Grünlandflächen
- ✓ Stärkere Förderung und Unterstützung herkömmlicher bäuerlicher Landwirtschaft und Bio-Landwirtschaft mit dem Ziel, das Höfe-Sterben zu stoppen und industrielle Massentierhaltung einzugrenzen.
- ✓ Tierschutz, Boden- Gewässer- und Landschaftsschutz müssen höchste Priorität haben.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Familiengerechte Kommune fördern

Die Kommunen müssen alle ihre Möglichkeiten konsequent nutzen, um der marktradikalen Mietenpolitik etwas entgegenzusetzen. Bezahlbarer Wohnraum muss für alle gesichert sein. Wohnungspolitik muss sozial, diskriminierungsfrei und familienfreundlich sein.

Die Linke fordert:

- ✓ Bezahlbaren Wohnraum durch den Bau von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen anstoßen
- ✓ Die Leerstände in der Innenstadt müssen durch günstige Mieten für Privatpersonen, Einzelhandel und Handwerk beseitigt werden
- ✓ Sanieren statt Neubau - Versiegelungsfläche gering halten > Platz für Tiny Houses
- ✓ Investitionen in die Zukunft durch verbesserte Förderung von Vereins-, Jugend-, Sozial- und Kultureinrichtungen
- ✓ Reduzierten (freien) Eintritt in die Werrataltherme für Bürger*innen der Stadt
- ✓ Sicherung der selbstverwalteten Jugend- und Sozialeinrichtungen
- ✓ Zertifizierung als „Familiengerechte Kommune“.

ÖPNV und Infrastruktur verbessern

Während der Bundeskanzler weiteren Sozialabbau ankündigt und Umverteilung nach oben betreibt, betonen wir: Öffentliche Infrastruktur ist die Grundlage des Sozialstaats – sie entscheidet darüber, ob Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sie muss auf allen Ebenen, auch in der Kommune verteidigt, demokratisiert und massiv ausgebaut werden.

Im Sinne der Daseinsvorsorge muss Mobilität für alle Menschen gewährleistet sein. Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV ein, gerade auch im ländlichen Raum.

Die Linke fordert:

- ✓ Eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schüler
- ✓ Eine soziale Preisgestaltung bei den Fahrpreisen mit dem Ziel eines Nulltarifs für Alle
- ✓ Unverzichtbar ist die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV
- ✓ Prüfung von Bedarfshalten an der Bahn, z.B. am Bahnhof Oberrieden.

Die Linke tritt ein für:

- ✓ Schaffung von ausreichenden Krippenplätzen und Kindergartenplätzen
- ✓ Vollständige Abschaffung aller Kindergartengebühren
- ✓ Einführung eines kostenlosen Mittagstisches für Kindergartenkinder
- ✓ kostenlose Nachhilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien muss dringend ausgebaut werden
- ✓ Bereitstellung von barrierefreiem Wohnraum besonders für Alleinstehende.

Für eine friedliche Außenpolitik

Die Linke setzt auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.

„Abschreckung“ führt nicht zu Frieden und Sicherheit. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht. Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr.

Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv entgegentreten

Die Linke stellt sich gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft. Rechte Parolen, Ausländerfeindlichkeit und eine Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dürfen nicht hingenommen werden.

Daher fordert Die Linke:

- ✓ Die Stadt achtet auf die strikte Einhaltung der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU.
- ✓ Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind von der Stadt zu unterstützen und zu fördern
- ✓ Gedenk- und Erinnerungsstätten und Initiativen, die an Verbrechen, Verfolgung und Widerstand während der Nazi-Herrschaft erinnern, sind zu fördern (z.B. Verlegen von „Stolpersteinen“).
- ✓ Unterstützung des lokalen Bündnis „Bunt statt braun“.
- ✓ Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden.
- ✓ Die soziale und berufliche Eingliederung von Flüchtlingen in die hiesige Gesellschaft ist als vordringliche Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen und umfassend zu fördern.



Da wollen wir ab 15.03.2026 rein!



Ob in Bad Sooden-Allendorf
oder anderswo

Erntefest - das Highlight des Jahres





Die Linke Ortsverband Bad Sooden-Allendorf
im Kreisverband Werra-Meißner
V.i.S.d.P.: Lothar Seeger
Borngasse 4, 37242 Bad Sooden-Allendorf
Telefon: +4915256185602
E-Mail: lothar@lotharseeger.de
im Januar 2026

